



# Die braven Verwalter von Zürich

Zürichs Stadtrat stellt sich vor den Wahlen selbst ein rundum positives Zeugnis aus. Das liegt daran, dass ihm die Visionen abhandgekommen sind. Von Irène Troxler

Ziel erreicht. So einfach lautet die Bilanz des rot-grün dominierten Zürcher Stadtrats zu den eigenen Strategiewerkschwerpunkten. Es lohnt sich, einen Blick auf das zehneitige Papier zu werfen. Zum Beispiel kann man versuchen, diesen Satz zu verstehen: «Im Hinblick auf eine aktive Positionierung des Werkplatzes in der Stadt Zürich wurde ein Grobkonzept erarbeitet...» Auch wenn man sich hier vergeblich abmüht: Die Lektüre der Bilanz vermittelt einen plastischen Eindruck davon, womit sich Mitarbeiter der weitverzweigten Zürcher Stadtverwaltung beschäftigen.

«Tagesschule 2025», «Veloinfrastruktur bauen», «Preisgünstiger Wohnraum mit Planungsinstrumenten», «Nachtleben» lauten einige der Ziele, die der Stadtrat sich gesetzt hatte. Und er ist mit dem Erreichten durchwegs zufrieden. Zum Beispiel listet er auf, dass eine «Lücke von 620 subventionierten Kita-Plätzen zu zwei Dritteln geschlossen werden konnte». Soll man nun davon beeindruckt sein? Auch wer davon überzeugt ist, dass alle finanziell schlecht gestellten Familien Anspruch auf einen stark vergünstigten Betreuungsort haben, wundert sich, wie man die Erhöhung von Subventionen und die Anpassung einer Verordnung als politischen Erfolg feiern kann. In dieser Stadt werden keine Pflöcke eingeschlagen, es wird einfach verwaltet – mit einem ausgeprägten Hang zur Perfektion.

Wenn Kleinprojekte zum Massstab erfolgreichen Regierens werden, ist die Exekutive der grössten Schweizer Stadt aus dem Lot.

## Beliebte Hipster-Zonen

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert gibt Rot-Grün den Ton an in der Exekutive der Limmatstadt. Die Stadtoberen vermeiden es, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Zürich im internationalen Standortwettbewerb bestehen kann. Lieber schaffen sie Flächen für «urbane Produktion». Solche Hipster-Zonen auf Industriebrachen mögen eine Stadt bereichern, wie die Gebrüder Freitag mit ihren Taschen bewiesen haben. Aber daraus einen mit Grundlagenstudien garnierten Strategieschwerpunkt zu machen, ist überzogen. Ähnlich geht es dem Beobachter beim Thema Nachtleben. Klubs, Bars und ihre Anwohner liegen sich naturgemäss oft in den Haaren. Das Polizeidepartement hat deswegen runde Tische einberufen und eine Website aufgeschaltet. Das klingt vernünftig, aber nicht nach etwas, womit man einen Innovationspreis gewinnen könnte.

Dabei gibt es ernsthafte Probleme zu lösen und schwierige Herausforderungen zu meistern. Beispielsweise befinden sich die beiden Stadtspitäler gegenwärtig in akuter Schieflage. Für das Jahr 2017 rechnet man mit einem Defizit von 40 Millionen Franken, und die längerfristigen Perspektiven sind düster. Gesundheitsvorsteherin Claudia Nielsen (sp.) spricht bereits von einem Schuldenschnitt von einer halben Milliarde Franken. Diesem Negativtrend, der sich spätestens seit der Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschale im Jahr 2012 ab-

zeichnete, schaute der Stadtrat mit einem Schulterzucken zu. Erst als der Druck aus Politik und Medien anschwellt und die Überforderung der Gesundheitsvorsteherin nicht länger überspielt werden konnte, reagierte er. Nielsen bekam drei weitere Stadträte zur Seite gestellt, die sie nun unterstützen sollen. Sie ist nicht die Einzige: Polizeivorstand Richard Wolff wurde wegen Befangenheit unfreiwillig verbeistanden.

## Das Wachstum bewältigen

Eine andere Herkulesaufgabe ist die Bewältigung des Bevölkerungswachstums der Stadt. Obschon Zürichs Einwohnerzahl bis im Jahr 2030 je nach Szenario auf 470 000 bis 520 000 ansteigen soll, fehlt bis heute ein stadtplanerisches Konzept, wie dieser Zustrom in verträgliche Bahnen geleitet werden kann. In einem Departement beschäftigt man sich mit Verkehrsplanung, im anderen mit Wohnungsbau, in einem dritten mit neuen Schulhäusern. Das Resultat sieht man an der Hohlstrasse in Altstetten, wo Hunderte neuer Wohnungen direkt an einer stark befahrenen Ausfallachse stehen. Dass aus ideologischen Gründen vor allem der gemeinnützige Wohnungsbau vorangetrieben wird, führt zu einer weiteren Verzettlung.

Eine solide Stadtplanung müsste zunächst eine ideologiefreie Bestandaufnahme machen und Gebiete, die sich für Verdichtung eignen, identifizieren. Für eine qualitätsvolle Weiterentwicklung der Stadt müsste man dann die Verkehrsströme ebenso wie die nötigen Infrastrukturen im Blick haben sowie alle Grundeigentümer und Bauträger einbeziehen, die einen Beitrag zu gut durchmischten Quartieren leisten können. Wie man die Bevölkerung an der Planung teilhaben lässt und damit die Akzeptanz baulicher Verdichtung erhöht, machen gegenwärtig die SBB beim Areal Neugasse vor. Wer hingegen einzig Genossenschaften bauen lässt, wie es die Stadt im Leutschenbachquartier tut, riskiert, dass Ghettos entstehen.

Die Stadt Zürich ist heute sehr erfolgreich. Das verleitet dazu, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Die hohe Lebensqualität und die sprudelnden Steuereinnahmen sind aber keine gottgegebene Selbstverständlichkeit. Will die Stadt auch in Zukunft prosperieren, muss sie an ihrer Attraktivität arbeiten. Zum Beispiel braucht sie eine schlanke Verwaltung. Die grösste Stadt der Schweiz wäre eigentlich prädestiniert als Vorreiterin des E-Governments. Dank Digitalisierung lassen sich mittelfristig nicht bloss Kosten sparen, die Verwaltung kann auch kundenfreundlicher werden und ihren Mitarbeitern monotone Arbeit ersparen. Aber es ist nicht Zürich, das bekanntlich ein IT-Hub sein möchte, sondern die Stadt Zug, die als erste eine elektronische ID mit Blockchain-Technologie anbietet für den Verkehr mit der Verwaltung. Auch die

führerlosen Busse sind nicht in Zürich im Einsatz, wo man lieber über Velowege debattiert. Das automatisierte Fahren erprobt die Post im Wallis. Die Digitalisierung wird in den nächsten Jahrzehnten in Zürich zahllose Arbeitsplätze vernichten und hoffentlich andere neu schaffen. Die Stadt hat die Wahl, ob sie dabei einfach zuschauen oder eine aktive Rolle spielen will.

Nicht gerade zu den Schwerpunkten des Zürcher Stadtrats gehört ein sorgfältiger Umgang mit öffentlichen Geldern, was allerdings zentral ist, wenn die Stadt auch in Zukunft fit bleiben will. Dass ihm daran wenig liegt, zeigt nicht nur die Causa Stadtspitäler, es wird auch deutlich, wenn man sich daran erinnert, wie er mit den über 9000 Wohnungen verfuhr, die sich im Besitz der Stadt befinden. Erst nach Schlagzeilen über Millionäre in Stadtwohnungen und auf grossen öffentlichen Druck hin versprach er neue Vermietungsrichtlinien. Von Einkommenslimiten wollte er aber weiterhin nichts wissen, was ihm prompt den Vorwurf der Klientelwirtschaft einbrachte. Denn das einzige plausible Motiv für eine derartige Schonung der Mieterinnen und Mieter ist die Annahme, dass vor allem die rot-grüne Wählererschaft in den Stadtwohnungen lebt. Nun hat der Gemeinderat nachgebessert: Die ganz Reichen bekommen zwar keine Stadtwohnung mehr, es werden aber weiterhin viele Ausnahmen gewährt.

## Was es kostet, ist Nebensache

Dass man der UBS mit dem Koch-Areal ein Grundstück für 70 Millionen Franken abkaufte, um es fast ein Jahrzehnt lang der Hausbesetzerszene zu überlassen und schliesslich mit günstigen Genossenschaftswohnungen zu überbauen, zeigt die Prioritäten der Regierung auf. Man weiss, wie die eigene Wählerschaft tickt, und serviert ihr Projekte, die bestimmt gefallen. Was es die Steuerzahler kostet, ist Nebensache. Und wer sich vom Partlyärm der regelmässig überbordenden Besetzerschaft gestört fühlt, ist halt ein Spießer. Etliche Zürcher Stadträte wurden in der Zeit der 80er-Bewegung politisiert. Es scheint, als würden sie nun Jugendträume von damals verwirklichen.

Auf dem Koch-Areal mag in einigen Jahren durchaus etwas Interessantes entstehen, das die Debatte um urbanes Wohnen im 21. Jahrhundert beleben kann. Aber wenn solche Kleinprojekte zum Massstab erfolgreichen Regierens werden, ist die Exekutive der grössten Schweizer Stadt aus dem Lot. Es sind nämlich nicht die Biotope der alternativen Szene, die den Wirtschaftsmotor der Schweiz am Laufen halten. Dafür braucht es die internationalen Unternehmen, die KMU und das ganz normale Gewerbe, das seine Kunden bekanntlich nicht auf dem Veloweg erreicht. Diese Wirtschaftszweige wären auf eine innovationsfreundliche Stadtregierung mit klugen Visionen angewiesen.

Die Initiative zur Beibehaltung des Bankgeheimnisses im Inland wird wohl «schicklich beerdigt» SEITE 14

Wie rechts oder links stimmen die Kantonsvertreter im Ständerat: Der grosse Überblick SEITE 15

# Druck auf Rasa-Initianten wächst

Nach dem Nationalrat empfiehlt auch der Ständerat die Initiative mit grosser Mehrheit zur Ablehnung

Mit der EU-konformen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist das Hauptanliegen der Initianten erfüllt. Über einen Rückzug haben sie noch nicht entschieden.

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

Die Erwartung der Politik gegenüber den Initianten der Vorlage «Raus aus der Sackgasse» (Rasa) ist klar: Sie sollen ihre Initiative zurückziehen, nachdem am Donnerstag auch der Ständerat diese mit 34 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen hat. Zudem war auch die kleine Kammer nicht bereit,

## Die Rasa-Initiative und das tote Pferd

Kommentar auf Seite 11

ihren direkten Gegenentwurf entgegenzusetzen. Dieser scheiterte nach ausgiebigen Diskussionen mit 29 zu 14 Stimmen.

## Ziel bereits erreicht

Das Hauptanliegen der Rasa-Initiative, welche die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) rückgängig machen möchte, um die Bilateralen zu retten, sei bereits erfüllt, sagte Peter Föhn (svp., Schwyz) im Namen der Kommissionsmehrheit: «Das Parlament hat im Dezember 2016 eine Gesetzgebung zur Umsetzung von Artikel 121a verabschiedet, die mit dem Freizügigkeitsabkommen konform ist.» Stefan Engler (cvp., Graubünden) erklärte: «Wenn du ein totes Pferd reitest, ist es besser, abzusteigen.» Philipp Müller (fdp., Aargau) äusserte zudem Be-



Bis Anfang Januar muss klar sein, ob die Rasa-Initiative zurückgezogen wird.

GAETAN BALLY / KEYSTONE

denken, weil eine klare Ablehnung der Rasa-Initiative als Zeichen für die Einführung von Kontingenten gelesen werden könnte. Und Beat Vonlanthen (cvp., Freiburg) warnte vor einem «Eigentor», findet Initiant und Rechtsprofessor Thomas Geiser. Auch bezweifelt er, dass die angeordnete Kündigungsinitiative oder die Selbstbestimmungsinitiative diesbezüglich Klarheit schaffen. So war auf der Website von Rasa am Donnerstag denn auch unverändert zu lesen, dass die Initiative ohne Gegenentwurf nicht zu-

wenn der Bundesrat die Abstimmungstermine festlegt. Der Verfassungsverweigerer zwischen Kontingenten und internationalen Verträgen bestche weiterhin – und mit ihm die Rechtsunsicherheit, findet Initiant und Rechtsprofessor Thomas Geiser. Auch bezweifelt er, dass die angeordnete Kündigungsinitiative oder die Selbstbestimmungsinitiative diesbezüglich Klarheit schaffen. So war auf der Website von Rasa am Donnerstag denn auch unverändert zu lesen, dass die Initiative ohne Gegenentwurf nicht zu-

rückgezogen werde. Dennoch darf mit einem Rückzug gerechnet werden; nicht zuletzt wegen der fehlenden Unterstützung, auch finanziell. Dieses Argument werde bei der Abwägung mitberücksichtigt, sagte Initiantin Yvonne Jänchen. Nicht nur Economicsuisse verweigert den Initianten die Unterstützung. Auch die meisten Parteien wollen von der Initiative grossmehrheitlich nichts mehr wissen, würdigen aber das Engagement von Rasa. Einzig die grünliberale Fraktion würde die Initiative unterstützen,

# Grenzwächter schuldig gesprochen

Weil er medizinische Hilfe verweigerte, erlitt eine Migrantin eine Totgeburt

KATHRIN ALDER, BERN

Am Ende war die Beweislage für die Militärrichter zu dünn: Im Fall der Totgeburt einer Syrerin sprach das Gericht den angeklagten Grenzwächter am Donnerstagmorgen in Bern von den Vorwürfen der vorsätzlichen Tötung und der Aussetzung frei. Das Militärgericht verurteilte ihn hingegen wegen versuchten Schwangerschaftsabbruchs, fahrlässiger Körperverletzung und der mehrfachen Nichtbefolgung von Dienstvorschriften zu einer bedingten Freiheitsstrafe von sieben Monaten und einer bedingten Geldstrafe von 60 Tagessätzen à 150 Franken. Auf die Zivildienste traten die Militärrichter nicht ein.

## Keine Hilfe geleistet

Der Grenzwächter war im Sommer 2014 als Einsatzleiter für die Rückführung einer Gruppe syrischer Flüchtlinge von Brig nach Domodossola (I) verantwortlich. Unter den Migranten befand sich auch eine schwangere Frau, die in Brig über starke Schmerzen im Unterleib klagte. Die Grenzwächter aber verweigerten ihr jede medizinische Hilfe, obwohl ihr Mann und ihre Schwester mehrmals darum gebeten hatten. Die Frau erlitt später in einem italienischen Spital eine Totgeburt. Der Auditor, der Staatsanwalt in Angelegenheiten der Militär-

justiz, plädierte in seiner Hauptanklage auf vorsätzliche Tötung und forderte eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Das Gericht folgte der Anklage im Hauptpunkt indes nicht, sondern ging von einem der beiden Alternativsachverhalte aus. Weil sowohl der Todeszeitpunkt des ungeborenen Kindes als auch das Einsetzen der Öffnungswehen laut einem medizinischen Gutachten nicht eindeutig geklärt werden konnten, beurteilten die Richter den Sachverhalt zugunsten des Angeklagten. Wie der Präsident des Militärgerichts 4 in der mündlichen Urteilsbegründung ausführte, gingen die Richter davon aus, dass einerseits das Kind in Brig bereits tot war und andererseits die Öffnungswehen – im Strafrecht der Zeitpunkt für den Beginn des Lebens – erst nach der Abfahrt in Brig einsetzten. Deshalb schlossen sie eine Tötung aus.

Subjektiv sei der angeklagte Grenzwächter jedoch bis zum Schluss davon ausgegangen, dass die Frau schwanger sei und das ungeborene Kind noch lebe. Laut den Richtern, die sich auf Zeugenüber starke Schmerzen im Unterleib klagte. Die Grenzwächter aber verweigerten ihr jede medizinische Hilfe, obwohl ihr Mann und ihre Schwester mehrmals darum gebeten hatten. Die Frau erlitt später in einem italienischen Spital eine Totgeburt. Der Auditor, der Staatsanwalt in Angelegenheiten der Militär-

um einen medizinischen Notfall handelte. Trotzdem habe er auch in diesem Moment keine medizinische Hilfe angefordert, mit der Begründung, er müsse den Zeitplan für die Rückführung einhalten. Hier habe er die Lage nicht mehr nur falsch eingeschätzt, sondern den Tod des Fötus und eine allfällige Schädigung der Syrerin in Kauf genommen, weshalb er nun wegen versuchten Schwangerschaftsabbruchs und fahrlässiger Körperverletzung bestraft wird.

## Mildernde Umstände

Bei der Strafzumessung kommen dem Angeklagten gewisse Umstände zugute, etwa der gute Führungsbericht, sein kooperatives Verhalten sowie die Tatsache, dass er seit dem Vorfall im Fokus der Medien stand. Der Gerichtspräsident führte indes auch an, ein Geständnis und aufrichtige Reue seien bis zuletzt ausgeblieben.

Die Parteien haben nun fünf Tage Zeit, um beim Militärgericht Appellation zu erklären. Die Verteidigung, die einen Freispruch gefordert hatte, teilte mit, sich eine Appellation zu überlegen. Die Anwältin der syrischen Familie behält sich diesen Schritt ebenfalls vor, da das Gericht den Sachverhalt und Aussagen ihrer Mandantin zu wenig gewürdigt habe. Auch der Auditor denkt über eine Appellation nach.

# Cassis unterstreicht Bedeutung der OSZE

Der Aussenminister verteidigt auch den Kohäsionsbeitrag

gmü. Wien · Seit November ist er im Amt, am Donnerstag hat Aussenminister Ignazio Cassis nun erstmals das internationale Parkett betreten. Er nahm teil an der Ministerkonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Wien und traf sich bilateral mit dem österreichischen, ukrainischen, russischen und niederländischen Aussenminister. Bei allen Gesprächen, die er in Wien führte, gehe es vor allem darum, sich kennenzulernen, eine Basis für Dialog und Vertrauen zu schaffen, sagte er am Rande der Konferenz. Das decke sich auch mit dem Sinn und Zweck der OSZE als «Ort des Dialogs».

Dass dieser Ort weiterbestehe, dafür habe auch die Schweiz als eines der 57 OSZE-Mitglieder zu sorgen – gerade in einer Situation wie heute, die von Misstrauen und Unsicherheit geprägt sei, sagte Cassis mit Blick auf die Ukraine-Krise. «Vielleicht haben wir im Laufe der Zeit etwas vergessen, dass Frieden nicht gegeben ist.» Er unterstrich auch den Willen der Schweiz zur Fortführung ihres humanitären Engagements in der östlichen Ukraine – «da geht es um Menschen, die sonst das Leben verlieren». Und natürlich sei man stolz, dass die Schweiz mit Thomas Gremlinger neu den OSZE-Generalsekretär stelle.

Cassis verteidigte zudem die Erneuerung des Schweizer Beitrags an die Kohäsion in der EU. Es gehe darum, Stabilität im Osten der EU zu schaffen zugunsten von «Frieden und guten Geschäften». Die Evaluation habe gezeigt, dass es sich um eine lohnende Investition handle. Er machte aber auch klar, dass das letzte Wort nicht gesprochen sei. Jemand habe den ersten Schritt machen müssen, damit es vorwärtsgehe. Nun wolle man auch weitere Schritte der EU sehen – «sonst wird es wahrscheinlich kein langer Weg sein». Konkret wurde Cassis nicht. Bekanntlich erwartet der Bundesrat aber, dass die EU die Börsenregulierung der Schweiz noch im Dezember als äquivalent anerkennt. Dies hat diese Woche auch der Bundesratsprecher André Simonazzi explizit bestätigt. Tue sie es nicht, käme dies einer Diskriminierung der Schweiz gleich. «Der Prozess bezüglich der Kohäsionsmilliarde wäre dadurch negativ beeinflusst.»

Zum innenpolitisch heissen Dossier, den institutionellen Fragen, soll es laut Cassis Ende Januar eine Aussprache im Bundesrat geben. Im Moment sei man daran, eine umfassende Auslegung zu machen, um dann zu schauen, ob man den bisherigen Weg weitergehen oder die Strategie ändern wolle.